

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 12. April 1930

34. Jahrgang

Nummer 15

## Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erzwingt Regierungswechsel

Die von Hermann Müller geführte Regierung ist, nachdem sie 10 Monate im Amte war, am 27. März zurückgetreten. Der Rücktritt geschah unter eigentümlichen Bedingungen. Wenn auch zuerst keine Klarheit über die eigentlichen Motive des Regierungswechsels bestand, so haben doch die späteren Enthüllungen sehr deutlich gezeigt, wo die Gründe des Regierungswechsels zu suchen sind. Es ist keine Neuigkeit, wenn wir erklären, daß alles, was heute im politischen und öffentlichen Leben geschieht, letzten Endes von dem schroffen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit oder den organisierten Gruppen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften beherrscht und überschattet wird. Das Kabinett Müller hat die Schwierigkeiten der außenpolitischen Bereinigung durchgeführt. Es scheint überhaupt das Schicksal von Hermann Müller zu sein, daß er jedesmal dann in die Breiche springen muß, wenn das deutsche Reich außenpolitisch in Gefahr ist. Er war es, der in Versailles den Friedensvertrag unterzeichneten mußte, er war es auch, der 10 Jahre später den Youngplan als die auf Jahrzehnte vorgesehene Basis des Zusammenlebens der Völker zur Annahme bringen mußte. Was diese Regierung in den letzten zehn Monaten an außenpolitischen Taten vollbracht hat, wird in der Geschichte bleibenden Bestand haben. Wir glauben kaum, daß eine andere Regierung etwas Besseres zustande gebracht haben würde. Man muß sich ins Gedächtnis zurufen, mit wieviel Schwierigkeiten dies alles verbunden war. Wir brauchen nur an die Querschnittsbereiche von Dr. Schacht zu erinnern, um die Größe dieser Schwierigkeiten ermessen zu können. Daneben fiel dieser Regierung die äußerst schwierige Aufgabe zu, die Lasten der Verteilung vorzunehmen, d. h. jenen Zeitabschnitt einzuleiten, wo die Reparations- und sonstigen Kriegslasten endgültig auf die einzelnen Bevölkerungsschichten verteilt werden sollten. Es kam noch hinzu, daß diese folgenschweren Entscheidungen in einem Augenblick gefällt werden mußten, wo eine Wirtschaftskrise tiefgehendster Art herrschte. Mehr als 3 Millionen Arbeitslose und 1,5 Millionen Kurzarbeiter waren hierfür das äußere Merkmal.

### Selbst das weitestgehende Entgegenkommen genügte nicht.

Als die bisherige Regierungskoalition auseinanderfiel, war die sozialdemokratische Partei nicht gering belastet. Sie hatte Steuererhöhungen zugestimmt, die in der Hauptsache von den breiten Massen getragen werden mußten. Die eingeleitete Sozialpolitik bezüglich der wichtigsten Lebensmittel hatte dieselbe Wirkung. Doch diese bis an die äußerste Grenze gegangene Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Minister hat den bürgerlichen Parteien noch nicht genügt. Noch immer bestanden die Schwierigkeiten bezüglich der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung hatte unter Zustimmung sämtlicher Minister eine Vorlage ausgearbeitet, die eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bis zu 4 Prozent vorsah. Zuschüsse in Höhe von 200 Millionen Mark sollten in den Reichshaushalt für das Jahr 1930 eingestellt werden. Ferner sollte die Darlehenspflicht des Reiches aufrechterhalten bleiben. Diese Vorlage hatte, wie bereits bemerkt, auch die Zustimmung der beiden volksparteilichen Minister erhalten. Es war vorgeesehen, daß über die Höhe der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung der Vorstand der Reichsanstalt mit qualifizierter Mehrheit beschließen sollte. Eine Verschlechterung der Leistungen innerhalb der Arbeitslosenversicherung sollte nicht eintreten.

### Der Dolchstoß der Arbeitgeberverbände.

Soweit war die Sache gebiechen, als die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu einem Vorstoß ausholte. Der Vorstand dieser Spitzenorganisation der Unternehmerverbände richtete an den Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer ein längeres Schreiben, das sich gegen die Kompromißlösung der Reichsregierung richtete. In dem Schreiben fordert die Vereinigung Herabsetzung der Leistungen und Ablehnung jeder weiteren Erhöhung der Beiträge zu der Arbeitslosenversicherung. Es heißt darin:

„Die Arbeitgeberseite sieht sich im Rahmen der ihr obliegenden wirtschaftlichen Verantwortung völlig außerstande, bei etwaigen Verhandlungen des Vorstandes der Reichsanstalt einer Beitragserhöhung über das bereits vorhandene ungewöhnliche Maß hinaus ihre Zustimmung zu erteilen. ... Sie muß die Mitbeteiligung an den derzeitigen Verhandlungen im Vorstand der Reichsanstalt in dieser Frage um so mehr ablehnen, als der Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck bringt, daß im Falle des Nichtzustandekommens einer Einigung im Vorstand der Reichsanstalt das Reichskabinett selbst die Beitragserhöhung zu beschließen gedenkt. ... Die Arbeitgeberseite des Vorstandes der Reichsanstalt hat sich daher bereits sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob von ihr im Falle der Durchführung eines derartigen Kurses in der Regierungs- und Reichsanstaltspolitik die Uebernahme einer weiteren Mitverantwortung in der Verwaltung der Reichsanstalt im Rahmen der von ihr wahrzunehmenden wirtschaftlichen Interessen getragen werden kann.“

Das Schreiben ist von dem Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Borjig, und dem geschäftsführenden Präsidialmitglied, Brauweiler, unterschrieben. Man beachte, daß es nicht etwa an den Reichsarbeitsminister, d. h. an die zuständige Stelle, sondern an den volksparteilichen Finanzminister Dr. Molkenhauer gerichtet wurde. Der Brief ist weder dem Reichkanzler noch dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnis übermittelt worden. Nachdem dieses Schreiben vorlag, hat jene Tätigkeit der bürgerlichen Partei begonnen, die darauf gerichtet war, die ursprüngliche Regierungsvorlage zu beseitigen und ein den Unternehmern genehmes Kompromiß an dessen Stelle zu setzen. Da weder die Gewerkschaften noch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Verschlechterung der Regierungsvorlage bezüglich der Arbeitslosenversicherung verantworten konnte, ist die Regierung in die Luft geflogen. So liegen die Dinge. Die Spitzenorganisation des Unternehmertums hat den Dolchstoß gegen die Regierung geführt, und es ist ihr gelungen, sie zu Fall zu bringen.

### Die Streikdrohung der Unternehmervertreter.

Beachtlich ist, mit welchen Mitteln hier gearbeitet wurde. Auf den Inhalt des Briefes einzugehen, dürfte sich erübrigen. Wesentlich ist, daß die Vereinigung der Arbeitgeberverbände damit drohte, jede Mitarbeit im Vorstand der Reichsanstalt, der aus Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften besteht, einzustellen. Sie drohten also mit dem Streik ihrer Vertreter in der Reichsanstalt. Das ist eine Sabotage der Arbeitslosenversicherung überhaupt. Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung ist zustande gekommen, als eine rechtsgerichtete Regierung am Ruder war. Es ist seinerzeit allseitig begrüßt worden. Als aber die Arbeitslosigkeit mächtig anschwellte und der Gedanke des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sich endgültig durchzusetzen begann, empfinden die Unternehmer dies als eine Last und versuchten die Arbeitslosenversicherung zur weißen Salbe herabzubrüden. Dabei handelt es sich um die Opfer einer überstürzten Rationalisierung. Die Unternehmer sind jenseitig genug, die Opfer ihrer verkehrten Wirtschaftspolitik sich selbst zu überlassen und dem arbeitenden Volke die Gesamtlasten aufzuerlegen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit war es also, der den Regierungswechsel herbeiführte.

### Was wird die neue Reichsregierung bringen?

Die neue Regierung wird geführt von dem Zentrumsmann Dr. Brüning. Als neue Minister treten ein: Dr. Bredt von der Wirtschaftspartei als Justizminister, der Führer der „Grünen Front“, Schiele, als Reichsernährungsminister und der Volkskonservative Treppner als Minister für die besetzten Gebiete. Die neue Regierung hat also einen ziemlich reaktionären Einschlag. Der letztgenannte Zeitgenosse war einer der wütendsten Bekämpfer der Youngpläne. Jetzt ist er Vertreter der besetzten Gebiete. Der neue Reichszustler Dr. Brüning entstammt der Münchener-Gladbacher Schule. Er war bei den christlichen Gewerkschaften tätig und verkörpert jenen Typ christlicher Gewerkschaftsführer, die eine enge Zusammenarbeit mit den rechtsgerichteten Kreisen für notwendig halten. Die Zusammenfügung des Kabinetts läßt bereits erkennen, welche Taten von diesem zu erwarten sind. Jedenfalls haben die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei keine Veranlassung, von der einmal eingeschlagenen Linie abzugehen. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat die volle Verantwortung für die kommenden Dinge zu tragen. Daß diese Herren aufs Ganze zu gehen gewillt sind, beweist die vor einigen Tagen der Öffentlichkeit übergebene Denkschrift über die Sozialversicherung. Der Vorstoß in der Arbeitslosenversicherung und diese Denkschrift müssen als ein in der gleichen Richtung liegendes Werk betrachtet werden. Die Arbeiterkraft weiß, woran sie ist. Der Kampf wird in der Hauptsache außerhalb des Parlamentes geführt. Dazu müssen wir gerüstet sein.

\*

In Nr. 14 der „Gewerkschaftszeitung“ vom 5. 4. 1930 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird im Anschluß an einen Artikel: „Der Zerfall der großen Koalition“ folgendes bemerkt, das verdient von allen Verhandlungsgliedern zur Kenntnis genommen zu werden. Es heißt dort:

Nun geht ein Raunen durch gewisse Kreise: Der Vorstand des ADGB hat die Regierung Müller gestürzt, denn er hat in der Fraktionsführung die Erklärung abgeben lassen, daß er den Kompromißvorschlag nicht nur nicht annehmen könne, sondern daß er ihn auch dann bekämpfen müsse, wenn ihm die Fraktion zustimmen werde. Es ist richtig, diese Erklärung ist abgegeben worden. Aber zu Ehren der sozialdemokratischen Fraktion sei auch hier festgestellt, daß sie auch ohne diese Erklärung den Vorstoß abgelehnt hätte. Die Erklärung des Vorstandes des ADGB hat keine neue Situation geschaffen. Der Legendenbildung wegen sei dies nachdrücklich betont.

Und wenn auch der oder jener Staatsmann mit dem Kopf schütteln sollte, es sei auch ausdrücklich gesagt: der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes konnte gar keinen anderen Beschluß fassen.

Staatsmännische Erwägungen in allen Ehren, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, wodurch wir wurden, was wir sind. Wir sind groß und stark geworden, weil wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertreten. Das gilt von der Partei und den Gewerkschaften. Der Hebung der Lage der Arbeiterklasse gilt unsere Arbeit, wo sie auch verrichtet wird, in den Gewerkschaften, in der Partei, in den Parlamenten, in den Regierungen usw. Weil die Arbeiter das wissen, darum stehen sie hinter uns, und nur weil sie hinter uns stehen, nur deshalb lobt uns etwas. Das gilt auch von den Staatsmännern in den Reihen der Arbeiterorganisationen. Zum Führer gehört eine Gefolgschaft, und auch der beste Staatsmann ist ohne Gefolgschaft kein Führer, sondern ein Eingänger. Wir dürfen das Zutrauen der Arbeiter zu uns nicht erschüttern, wir dürfen die Meinung nicht aufkommen lassen, als seien wir unsichere Kantonisten.

Das schließt noch lange nicht in sich, daß wir den Arbeitern nicht auch ihnen unangenehme Wahrheiten sagen sollen. Das haben

\* Der Kompromißvorschlag ging darauf hinaus, daß das Reich Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zu geben habe, deren Höhe alljährlich im Reichshaushalt festgesetzt werden solle; für das Rechnungsjahr 1930 sollte der Zuschuß 150 Millionen Reichsmark betragen; der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sollte, wie gegenwärtig, 3/5 n. H. betragen; wenn die Reichsanstalt mit ihren Mitteln einschließlich Reichszuschuß nicht auskäme, dann sollte das Reich Darlehen mit der Maßgabe gewähren, daß die Reichsregierung ein Gesetz vorzulegen habe, das erstens entweder durch Beitragserhöhung die Rückzahlung der Darlehen sichern, oder zweitens durch eine Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen oder drittens dem Reiche die notwendigen Mittel zur Deckung der Darlehen zuführen sollte.

wir bisher auch getan, und die geringere Popularität der Gewerkschaftsführer, gemessen an der der Parteiführer, hat ihre Ursache darin, daß gerade die Gewerkschaftsführer am häufigsten verpflichtet sind, unangenehme Dinge zu vertreten. Und doch gibt es keine Organisation, die sich an Stärke mit den Gewerkschaften messen kann. Die Arbeiter vertrauen also auch unangenehme Dinge, aber eine klare Linie wollen sie sehen, und von dieser klaren Linie wären wir in jammervollster Weise abgewichen, wenn wir den Vorstoß angenommen hätten.

Die Arbeiterbewegung gilt es zusammenzuhalten, und daran liegt mehr staatspolitisches Tun als hinter manch anderer Tätigkeit. Wer anders als die festgefügteten Arbeiterorganisationen ist die feste Stütze der demokratischen Republik? Wer ist ein besserer Träger der deutschen Einheit? Wer fördert mehr den kulturellen Aufstieg der Menschheit als die Arbeiterbewegung? Es ist also nicht engstirnige Interessenpolitik, die wir vertreten.

An solch englischer Politik ist das Kabinett Müller gescheitert. Aber die Volkspartei war es, die sie getrieben hat. Auf Befehl der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hat sie den Finanzminister Molkenhauer veranlaßt, die Regierungsvorlage im Stiche zu lassen. Der Brief Borjigs und Brauweilers, der am 1. April im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, hebt jeden Zweifel. Und wenn die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Vorstandes des ADGB nach einer Rechtfertigung bedurft hätte, dieser Brief hätte sie gebracht. Was die nächsten Wochen auch bringen mögen, Partei und Gewerkschaften werden den Kampf aufnehmen und zum erfolgreichen Ende führen.

## Opposition

Mancher rühmt sich, stets bei der Opposition gewesen zu sein. Daraus folgt, daß er in allem anderer Meinung war, und allem Widerstand leistete. So hat sich bei diesen ständigen Opponenten ein Prinzip herausgebildet, das allgemein durchgeföhrt, den Kampf aller gegen alle zur Folge haben müßte. Wer nicht zur Opposition gehört, wird als „Verräter“ gebrandmarkt, und wer es gar wagt, einer solchen, den organisierten Zusammenschluß zerkleinernden Opposition entgegenzutreten, der wird als „Spalter“ auf den oppositionellen Scheiterhaufen geworfen.

Man sieht, die Begriffe werden vollständig auf den Kopf gestellt, aus Schwarz wird Weiß, aus der Tugend eine Schande gemacht. Man predigt die Einheit und verständigt sich aufs Schwerste gegen sie, indem man die Opposition organisatorisch auszieht, den Keim zur Spaltung in die festgefügteten Organisationsgebilde hineinträgt, um sie (die Spaltung) in der kruppellosesten Weise in aller Öffentlichkeit zu betreiben, sobald die unheilvolle Saat der Zerlegung genügend herangereift ist.

Das wird auch in einem dem 5. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale gewidmeten Artikel der Sächsischen Arbeiterzeitung vom 1. April 1930 unumwunden zugegeben. Es heißt dort:

„Genosse Thälmann hatte auf dem Erweiterterien Präsidium des ERAJ tausendmal recht, als er davon sprach, daß die fünf Millionen Mitglieder des ADGB und die 1 1/2 Millionen Mitglieder der Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Willkür ihrer Gewerkschaftsbürokratie zu überlassen, „einem Verrat an der proletarischen Revolution gleichsam“. Die revolutionäre Opposition sänkt ihre Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften nicht nur nicht ein, sondern muß sie im Gegenteil auf jegliche Weise verstärken, denn diese Arbeit berührt Millionen und aber Millionen organisierter Arbeiter. Dies ist einer der wichtigsten Abschnitte der Alltagsarbeit zur Heranziehung der Rückständigen, zur Organisation der Massen beim jetzigen revolutionären Aufschwung.“

Zugleich damit darf aber auch keinen Augenblick lang außer acht gelassen werden, daß die proletarische Revolution im Verlaufe des Prozesses des Heranwachsendens einer revolutionären Situation ohne die Schaffung selbständiger revolutionärer Gewerkschaften nicht auskommen kann. Die RGT war niemals bloß ein ideologisches Zentrum der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Nur die unmittelbaren Agenten des Sozialfaschismus vom Schlage der Walcher, Brandler u. Co. können vom „Eintritt“ des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion in die Amsterdamer Internationale sprechen. Die Frage besteht darin, wann, wo und unter welchen Bedingungen selbständige revolutionäre Gewerkschaften geschaffen werden müssen. Sie können und dürfen nur dann und unter solchen Verhältnissen geschaffen werden, in denen sie der revolutionären gewerkschaftlichen Vorhut breitere Arbeitermassen sichern können. In dieser Hinsicht wird der 5. Kongreß der RGT einen bedeutsamen Wendepunkt darstellen.“

Die Gewerkschaften sollen also ruhig zusehen, wie in ihrem Schoße die sogenannten „Revolutionären“ sich entwickeln, bis sie stark genug sind, ihren eigenen Laden aufzumachen. Das Ganze nennt man: Herstellung der Einheit.

Die Erfahrung lehrt, daß nichts so dumm und widerfönnig ist, als daß es nicht seine Anhänger fände. Infolgedessen konnten auch die Gewerkschaften, die bis dahin die festgefügtesten Bollwerke gegen den Druck des vereinigten Unternehmertums waren, von der Spaltungssuche nicht verschont bleiben. Doch wie man jeder ansteckenden Krankheit nur erfolgreich begegnet, indem man ihrem Erreger zu Leibe rückt, so gilt es auch hier, die fälschlich als Einheitsapostel auftretenden Spalter mit Stumpf und Stiel aus den Gewerkschaften auszurotten.

Eine gesunde, dem Fortschritt und der Bervollkommnung der Gewerkschaften dienende und daher äußerst nützliche Opposition wird hierdurch nicht berührt, sie ist im Gegenteil als unentbehrlicher Bestandteil jeglicher Gemeinschaftsarbeit nach wie vor äußerst erwünscht.  
E. W.

# Die Entwicklung des Tarifvertragsgedankens

## Können Arbeiter auf den Tarifvertrag verzichten?

Von Alexander Knoll.

II.

Man sollte eigentlich meinen, daß es bei einer solchen Sachlage für die Arbeiterbewegung, wie wir sie im Artikel in Nr. 14 des „Stein- arbeiter“ zu schildern versucht haben, in ihren Kreisen keine Meinungsverschiedenheit über Wert und Nutzen des Tarifvertragsgedanken geben könnte. Auch das ist ein Irrtum. Wie wir es in der politischen Arbeiterbewegung wiederholt erlebt haben, daß in dem Augenblick, wo eine bestimmte politische Position erklämpft worden war, sich plötzlich Stimmen vernehmen ließen, die „nachweisen“, daß das Erzielte eigentlich vollkommen wertlos sei — so auch hier. Als die Buchdrucker nach jahrzehntelangen, mit wechselnden Erfolgen geführten Kämpfen Ende der neunziger Jahre einen allgemeinen Tarifvertrag (Arbeitsgemeinschaft) erklämpft hatten, da erklärte das Gewerkschaftsamt einer der bedeutendsten Druckstädte, daß die Tarifgemeinschaft gegen den Grundgedanken des Klassenkampfes verstoße — und schloß den Delegierten der Buchdrucker aus! — Das Gewerkschaftsamt wurde daraufhin von der Generalkommission ausgeschlossen und hat eine geraume Zeit hindurch außerhalb der Reihen der Gewerkschaften gestanden. Erst als der Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899 den Abschluß von Tarifverträgen als nicht mit den gewerkschaftlichen Grundauffassungen im Widerspruch stehend bezeichnet hatte, kam auch mit dem betreffenden Gewerkschaftsamt wieder eine Verständigung zustande.

Sicher ist anzunehmen, daß diese abweichende Auffassung auch noch an anderen Stellen vorhanden gewesen ist, nur daß sie sich nicht in so aggressiver Weise geäußert hat. Nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongress hat man allerdings von solcher grundsätzlichen Gegnerschaft gegen den Tarifvertragsgedanken in Arbeiterkreisen nichts mehr gehört; selbst die ehemaligen Sozialisten, die an manchen Stellen schon damals einen sozialistischen Einschlag erkennen ließen, haben sich (meiner Erinnerung nach) nicht grundsätzlich gegen den Tarifvertrag gewandt, sondern sind, besonders im Baugewerbe, an einigen Stellen an solchen beteiligt gewesen.

Innerhalb der Buchdruckerbewegung führte der Streit um den Tarifvertrag damals zu einer Abspaltung der Verbände. Die Gegner schlossen sich in der „Buchdruckerbewegung“ zusammen. Nach einigen Jahren erfolgte auch hier wieder eine Verständigung.

Diese Gegnerschaft gegen den Tarifvertragsgedanken war nichts anderes als der Ausdruck einer Kleinlichen und beschränkten Auffassung über das Wesen des Klassenkampfgedankens, wie ich sie in meiner Abhandlung „Was ist Klassenkampf?“ geschildert habe. Voraus sich ergibt, daß die Auffassung vom Klassenkampf, wie sie die Kommunisten heute vertreten, auch nicht erst von ihnen erfunden ist, sondern schon auf ein Menschenalter zurückblicken kann. Wie es ja überhaupt eine Tatsache ist, daß alle die sachlichen Argumente, die die kommunistische Bewegung gegen die Gewerkschaften (und die Sozialdemokratie) vorzubringen hat, allesamt schon vor 40, 50 Jahren behandelt und abgetan worden sind. Einer der vielen Beweise dafür, daß die kommunistische Bewegung keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt darstellt.

Es ist sicher für die jüngere Arbeitergeneration, die nicht die Kämpfe um den Tarifvertrag mitgemacht hat, sehr schwer, sich vorzustellen, was eintritt würde und müßte, wenn es der gegnerischen Aktion gelang, den Tarifvertrag abzuschaffen, was freilich erst möglich sein würde, nachdem man die Gewerkschaften zerlegt hätte. Daß es Kreise gibt, die mit diesem Gedanken spielen, ist daher. Die Mittel, die gewisse Großindustriellen den Sozialisten, dem Stahlhelm und ähnlichen demokratischen und republikanischen Organisationen zuwenden, beweisen das. Ebenso lassen gewisse gegenwärtige Strömungen und Bestrebungen in weiteren Kreisen des Großunternehmens gar keinen anderen Schluß zu, als daß man hier geradezu inbrünstig die „Befreiung“ der Arbeiterschaft von all den „Bindungen“ und Beeinflussungen herbeiseht, die sie gegen das mittellose, freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bis jetzt schützen. Man will in diesen Kreisen wieder den „freien Arbeiter“ der sechziger und siebziger Jahre, wo so schön und leicht mit ihm „fertig“ zu werden war! Man erzählt ihm in Hunderttausenden von Werkstätten und Massenauflagen von Großkirchen vom „Segen“ der „persönlichen Freiheit“ und ähnlichen schönen Dingen. Selbst Gelehrte stellen sich in diesen Dienst eines wirtschaftlichen Liberalismus, der die schlimmsten Zeiten des eintägigen Mandarantenherausbeschwören müßte, wenn er je wieder zur Herrschaft gelangte.

Wir sagten, daß unter der Herrschaft solcher rein liberalistischer Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt lediglich das Gesetz von Angebot und Nachfrage den Preis der Arbeitskraft bestimmte. Das würde

genau so wieder der Fall sein, wenn es gelänge, die Gewerkschaften zu beseitigen, die doch nur allein die Träger des Tarifgedankens sind und sein können und sich auch nur allein rüchellos und ohne Hintergedanken zu ihm bekennen. Das weitere darüber in einem Schlusssatz des nächsten „Steinarbeiter“.

# Fünfstagewoche für das englische Baugewerbe

„Wir leben in der besten aller Welten“, behaupten die Lobhudelei der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die in den verschiedenen Ländern noch immer vorherrschende Wohnungsnot beweist ja, wie „die schöne Welt“ aussieht. Wie in Deutschland, so in England. Die Folgen einer Überproduktion machen sich allüberall bemerkbar, meinte kürzlich Mr. J. H. Thomas, englischer Arbeitsbeschaffungsminister. Wäre diese Feststellung richtig, dann müßte es mit der Wohnungsfrage anders aussehen, als es der Fall ist. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist auch in England Trumpf. Oberflächlich betrachtet erscheint es freilich unerklärlich, daß trotz der 1.300.000 neuen Einfamilienhäuser, die seit Ende des Weltkrieges gebaut wurden, die Wohnungsnot nicht nachläßt. Man kann sogar von einer Überproduktion reden, und zwar deshalb, weil es tausende und aber tausende von Arbeiterfamilien gibt, die die Miete für die neu erbauten Häuser einfach nicht erschwingen können, nach wie vor in den „Slums“ (schmutzigen und gesundheitsgefährlichen Mietskasernen) wohnen.

Die Arbeiterregierung will noch in diesem Jahre eine „Slum-Clearance-Bill“ (Vorlage zur Niederreißen von Slum-Quartieren) zum Gesetz erheben lassen. Wie aber bereits hervorgehoben, kommt es letzten Endes nicht nur auf die Beseitigung der „Slums“ an, sondern darauf, was mit den Bewohnern der Slums geschieht. Hier nun entsteht nicht nur das Problem des Häuserbaus an sich, sondern zu welcher Miete die neuen Häuser bezogen werden können. Da die Miete für Einfamilienhäuser durchschnittlich pro Woche 10 bis 14 Mark kostet, können dieselben von schlechtergestellten kinderreichen Arbeiterfamilien nicht bezogen werden. Wie die Arbeiterregierung dieses Problem lösen wird, steht noch nicht fest. Freilich gibt es hier nur einen Ausweg; die staatlichen Mittel für den ge-

meinnützigen Wohnungsbau müßten noch bedeutend erhöht werden. In einigen englischen Städten ist man zur Meisterung des Problems zum Bau von Mehrfamilienhäusern, oder zum „Flat-System“ („Flat“ heißt Etagenwohnung) übergegangen.

Natürlich spielt die Frage der „Inkosten“ keine geringe Rolle, was besonders augenblicklich, wo die Bauarbeitergewerkschaften mit neuen Forderungen hervortreten, in die Augen springt. Das Bauunternehmertum ist sehr rührig. Natürlich sind die „hohen“ Löhne und die „zu kurzen“ Arbeitsstunden an allem schuld. Von der verderblichen Spekulation auf dem Baumarkt spricht man in diesen Kreisen nicht. Auch die Slum-Clearance-Bill ist nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage geeignet, die Preise des Baumaterials beträchtlich anzuheben. Gegen diese Gefahr wandte sich kürzlich R. O. Legge Coppel, Sekretär der großen Baugewerksföderation.

Unter dem Vorsitz von Thomas Barron, Sekretär des Allgemeinen Holzarbeiterverbandes, fand am 21. März eine Konferenz von Vertretern aller Organisationen statt die zur Föderation des Baugewerbes zusammengeschlossen sind. Auch hier wurde das Problem des teuren Baumaterials ernstlich besprochen. Galt es doch, eine Einheitsfront zu schaffen für die in diesem Frühjahr zu erhebenden Forderungen bei den Tarifverhandlungen.

Die Forderung der Fünfstagewoche stellte die Konferenz in den Vordergrund. Den Vorwurf des Unternehmertums, durch Einführung der Fünfstagewoche müßten sich die Kosten des Häuserbaues bedeutend erhöhen, parierte R. O. Legge Coppel mit dem Hinweis:

„In Amerika haben 500.000 Bauarbeiter aller Grade die „kurze Woche“. Dabei sind die Löhne dreimal höher als in England und die Baukosten in Amerika genau so hoch wie in England.“

Einmütig nimmt die Konferenz den Standpunkt ein, es müsse alles versucht werden, eine Senkung der Materialkosten zu erzwingen, weil das sich auch wohltuend auf die Lage der Bauarbeiter auswirke.

Beschlossen wurde auch, trotz aller Elastizität, die beim Abschluß von Tarifverträgen bestehen soll, an der nationalen Regelung der Arbeitszeittage festzuhalten.

B. Weingart.

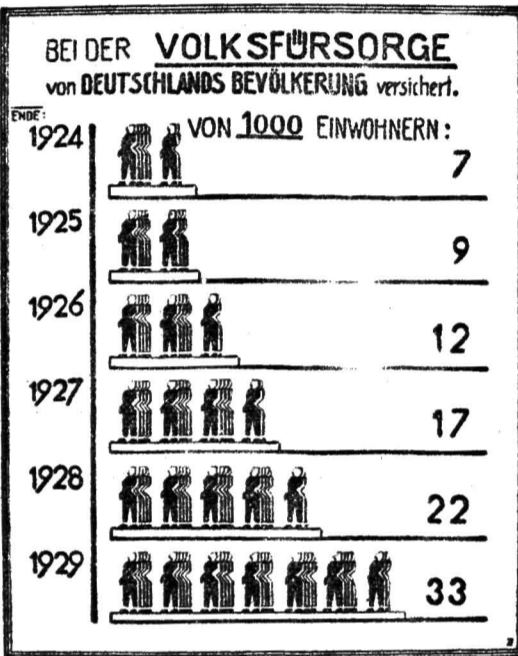
# Krankentransport, Krankenversicherung

Die reichsgegliederten Krankenkassen haben als ihre vornehmste Leistung freie ärztliche Behandlung zu gewähren. Sofern die ärztliche oder spezialärztliche Behandlung wirklich notwendig ist, unterliegt sie keinerlei Einschränkung in bezug auf die entstehenden Kosten. Anders liegen die Dinge mit der Krankenhausbehandlung. Diese ist, trotz aller Wünsche der Versicherten, heute immer noch eine freiwillige Leistung. Die Kassen brauchen dieselbe nicht zu gewähren, können dies jedoch tun. (Die meisten der Kassen gewähren heute aus freien Stücken Krankenhauspflege, falls diese vom Arzt für notwendig erachtet wird.) Gewährt die Kasse nun ärztliche Behandlung oder auch Krankenhauspflege, so muß sie auch dafür Sorge tragen, daß der Erkrankte in den Genuß dieser Leistungen kommt. Das heißt, die Kasse muß gegebenenfalls Fahr- gelder, Transportkosten usw. gewähren, falls dies notwendig ist. Daß sie auch Besuche des Arztes im Hause des Kranken übernehmen muß, ist allgemein bekannt. Hat die Kasse Krankenhauspflege bewilligt, so muß sie ohne jeden Zweifel auch die notwendig werdenden Transportkosten des Erkrankten von und nach dem Krankenhaus in voller Höhe übernehmen. Ist der Kranke nicht allein reisefähig, so muß die Kasse auch noch die Kosten der Begleitperson (Angehörige, Samariter usw.) tragen. Leider scheint es immer noch Kassen zu geben, die in dieser Beziehung ziemlich engherzig und in der Bewilligung von Transportkosten nicht gerade leistungsfreudig sind. Einen Beweis für diese Behauptung liefert eine Entscheidung, die das Reichsversicherungsamt unterm 4. Dezember 1929 gefällt hat, da eine Landkrankenkasse die entstandenen Transportkosten nicht in voller Höhe übernehmen wollte. Es heißt in derselben:

„Gewährt eine Krankenkasse Krankenhauspflege, so hat sie die Kosten der vom Kasernenarzt verordneten Ueberführung des Kranken in das Krankenhaus mittels eines Krankentransportwagens auch dann zu tragen, wenn der Kranke ohne Schaden durch ein billigeres Beförderungsmittel (z. B. gewöhnlichen Kraftwagen) hätte befördert werden können.“

Diese Entscheidung, die wohl einer besonderen Erläuterung nicht bedarf, geht von dem Standpunkt aus, daß die Krankenkassen bei den Transportkosten nicht ängstlich um jeden Pfennig feilschen sollen. Der Standpunkt des Gerichtes ist vollkommen richtig. Man kann sich ihm nur anschließen. Aus Spaß und Uebermut wird sich wohl kein Versichelter in einen Krankentransportwagen legen. Es ist bedauerlich und des Ansehens unserer Krankenversicherung unwürdig, wenn eine Kasse sich wegen einer derartigen Kleinigkeit bis an die höchsten Instanzen wendet.

Kl-s.



Der Aufstieg der Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, ist unverkennbar. Waren Ende des Jahres 1924 von 1000 Einwohnern des Deutschen Reiches nur 7 bei der Volksfürsorge versichert, so ergab sich Ende des Jahres 1929 mit 33 von 1000 Einwohnern schon ein wesentlich besseres Bild. Kein anderes Versicherungsunternehmen in Deutschland kann eine derartige Entwicklung aufweisen.

# Unsere Mitarbeiter zur Beachtung

Kürzlich wurden in einer bekannten Tageszeitung die Klugheiten und Schwächen des milden Winters geschildert. Der Schilderer hat indes eine große Schwäche vergessen, die allen Schriftleitern viel Ungemach bereitet, die Dichterin nämlich. Dieses Uebel tritt gewöhnlich erst mit dem Frühling auf. Wenn sanft die Märzluft anhebt, überkommt vielen Menschen, und oft ganz harmlos, ein unbändiger Drang zum Dichten. Glücklichlicherweise nimmt der Trieb zum Herbst hin wieder ab und kommt bei starkem Frost zum Erliegen. Letztes Jahr aber, wo wir einen milden Winter gehabt haben, hat das Uebel immerfort frühlingsartig grassiert. Das war schlimm, und jetzt, wo der Frühling angebrochen ist, wird es noch schlimmer.

Die Dichterin könnte sich gar nicht so schlimm für die Mitarbeiter auswirken, wenn die von ihr Befallenen etwas Widerstandskraft ausbrächten. Sie müssen nur gleich, wenn sie die ersten Anzeichen des üblen Dranges verspüren, alle Federhalter und Bleistifte wegwerfen, damit er sich nicht auf unschuldige Papier entladen kann. Wenn dies aber doch infolge Unachtsamkeit geschehen sollte, dann müßte das Papier erst verschlossen werden. Nie aber sollte der Niederlag der Dichterin der Schriftleitung übermitteln werden. Ihr Papierkorb ist ja ohnehin schon voll genug.

Nicht wenige unserer Leser wollen eine unfehlbare Waffe durch Schriftstellerei verwerten. Das ist sehr erfreulich; denn Schriftstellerei nachwuchs aus der Arbeiterschaft kann die Gewerkschaftspresse gut gebrauchen. Die Arbeit, eine so schwierige Kunst zum Nebenverdienst zu wählen, läßt auf außergewöhnliche Kühnheit und auf noch etwas anderes schließen. Allein, wenn sich zu ihr ein paar andere gute Eigenschaften in gleicher Schwere fügen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Der Wunsch, den schmalen Engpaß zum Erfolg ein wenig zu weiten, läßt uns folgendes raten:

Der angehende Arbeiter-Schriftsteller muß mit dem Studium der Sprache und dem Lesen sprachlich guter Bücher beginnen. Bücher, deren Sätze man mehrmals lesen muß, ehe man sie versteht, und Bücher, die ein Verdichtungsbuch erfordern, lasse man unangelesen. Sie verunzugen nur das natürliche Sprachgefühl. Wenn dieses Studium eine Zeitlang gründlich betrieben worden ist, kann man versuchen, für die Zeitung etwas zu schreiben. Aber ja nicht mit Dichtungen oder Phantasiegeschichten beginnen. Um es hierin zu etwas zu bringen, muß man schon ein ziemlich Großer sein im Reiche der Sprache und der stilistischen Form, des Fabulierens und des Gestaltens. Das setzt eine gediegene Vorbildung und Umgebung voraus, die dem Arbeiter meist fehlen, und eine natürliche Gabe ist, die nur wenigen Menschen beschieden ist.

Der Arbeiter-Schriftsteller hat den vom Bürgertum stammenden Schreibern einen gewichtigen Vorteil voraus: er steht von Kindesbeinen an im Strome des wirklichen Lebens, in dem Leben, wo Drama und Lustspiel, Ernst und Komik, Unverständnis und Wißbegierde, Untertanerei und Freiheitsdrang in unendlicher Mannigfaltigkeit miteinander wechseln. Das wirkliche Leben ist der Born, aus dem der Stoff für die darstellende Kunst überreicht

sprudelt. Aus diesem Born muß der Arbeiter-Schriftsteller schöpfen, und hieraus kann er auch tiefer als ein anderer schöpfen. Leider wird hieraus viel zu wenig geschöpft. Eine Unmenge von Abschreibern beweist es. Die Arbeit des Schriftstellers muß, soll sie eindrucksvoll und wirksam sein, nicht bloß aus Worten bestehen, sondern sie muß dem Leser etwas hören und sehen, etwas erleben lassen. Und eine große Vorbedingung hierfür ist, daß ihr Stoff nicht vom Zwischenhändler bezogen wurde, sondern aus erster Quelle, vom wirklichen Leben.

Dieser Quelle entströmt brauchfertiger und leicht bildfähiger Werkstoff im Ueberfluß: das Ringen um Pfennig und Minute im Betrieb, der hier stets handgreifliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der Werktag der Industriegasse, das Erlebnis des Lohnkampfes, die Stimmungen und Meinungen an den Stempeltischen, der Streit um Lohn und Recht vor dem Gericht, die praktische Erfahrung im Betriebsrat usw. — das alles ist zur Darstellung prächtig geeignet, und keiner ist hierfür besser geeignet als der Arbeiter-Schriftsteller. Er sollte also mit der Darstellung von Vorkommnissen und Eindrücken, mit Tatsächlichkeiten des wirklichen Lebens beginnen. Wenn er hierin einigermaßen beflissen ist, wird sich das Weitere oder Höhere vielleicht auch finden, zumal, wenn mit dem Schreiben ein eifriges Studium der einschlägigen Wissensgebiete und eine scharfe Beobachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge einhergeht.

Für den Mitarbeiter an Zeitungen ist der Anfangserfolg überaus wichtig. Denn aus ihm quillt die Freude und Kraft für die anfänglich sehr mühselige Schreibarbeit. Um sich den Anlauf zu erleichtern, sollte er ein paar Ratssätze beherzigen:

Man sage nicht in dem Begleit Schreiben an die Schriftleitung, daß der „interessante Aufsatz im Interesse aller Leser in der nächsten Nummer an hervorragender Stelle“ gebracht werden müßte. Die ersten beiden Wünsche vermag selbst der geeignetste Schriftleiter nur selten zu erfüllen, und den letzten Wunsch wird er oft nicht erfüllen dürfen, will er den Ruf des Einsenders nicht vollständig ruinieren. Man verweise nicht auf irgendwelche Mitarbeiter an andern Blättern, berufe sich auch nicht auf große Persönlichkeiten. Das ist bei der Gewerkschaftspresse ganz überflüssig. Man lasse nur seine Arbeit sprechen. Die Schriftleitung tut daselbe.

Soll aber die Arbeit gut ansprechen, dann schreibe man nicht auf Kloppe, Packpapier oder alte Flugblätter, sondern auf reines und nicht zu dickes Papier. Die Erhöhung der Postentnahme überlasse man andern. Als Papiergröße wähle man am besten das dem Quartformat am nächsten kommenden Din-Format (21x29,6 Zentimeter). Durch die Wahl des Din-Formats und eines dazu passenden Umschlags gibt der Einsender zu erkennen, daß er nicht nur in der Werkstatt, sondern auch im privaten Verkehr sich die wirtschaftlich so vorteilhafte Normung zu eigen macht.

Man schreibe möglichst mit Maschine, jedenfalls aber mit Tinte, nie mit Bleistift. Man schreibe groß und deutlich. Wer das nicht tut, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn kein Schriftsatz beiseitegelegt wird. Man entschuldige seine schlottrigen und schlechte Schreibe nicht mit Zeitmangel. Eine solche

Ausrede darf kein Mitarbeiter gebrauchen, vor allem aber der Empfänger nicht. Besonders er muß auf gediegene Arbeit, saubere Sprache und lesbare Schrift bedacht sein. Erst wenn er sich einen Namen gemacht hat, kann er damit rechnen, weniger streng gemustert zu werden.

Vor allem muß immer Name und Wohnung des Einsenders deutlich am Kopfe des Aufsatzes geschrieben werden. Davon scheinen viele Mitarbeiter nichts zu halten. Die Anschrift sollte wenigstens bei einer Anfrage nach dem Schicksal des Aufsatzes lesbar mitgeteilt werden, weil ohnedem der Schriftleiter selbst bei ranzigster Anfrage nicht antworten kann.

Man lege jedem unbestellten Aufsatz einen postfertigen Umschlag bei. Wenn ein solcher fehlt, nimmt die Schriftleitung an, daß der Einsender auf die Rücksendung keinen Wert legt. Wer allgemeine gewerkschaftliche Fragen oder Verbandsangelegenheiten in der Zeitung behandeln will, muß den Nachweis seiner Verbandsmitgliedschaft beifügen. Ohne diesen Nachweis wird der Aufsatz nicht verwertet. In unsern Verbands- und Gewerkschaftseinrichtungen mitzusprechen, sind nur Mitglieder berechtigt, keineswegs aber Unorganisierte oder „Sympathisierende“.

Um das Gesagte zu wiederholen: Keine Gedichte und keine Phantasiegeschichten, sondern Erlebnisse, Tatsächlichkeiten, wirkliches Leben. Keine Abschreibe und wenig Zitate, sondern Eigenes in lebendiger Darstellung. Keine Fremdwörter, sondern saubere Deutsche, kurze Sätze und lesbare Schrift. Nie die Anschrift, den Freiumschlag und den Mitgliedsnachweis vergessen.

# Nie lernst du aus!

Nie schweife in Himmelsfernen,  
Schau dich um in eignen Haus,  
Da gibt es noch viel zu erlernen —  
Nie lernst du aus!  
Suche mit Fleiß zu begreifen  
Das Gute, das dich erregt,  
Dann wird auch der Wille reifen,  
Zu vollbringen, was dich bewegt!  
Stets suche hinzuzulernen,  
Dann schwingt sich dein Wissen höher,  
Dann kommen die Himmelsfernen  
Dir ganz von selber näher,  
Und stets wird dich dann erfreuen  
Der Sinn des Guten, des Neuen!

Nur stete Lernbegierde  
Ist echter Weisheit Zierde,  
Sie baut der Zukunft Haus —  
Nie lernst du aus!

Taefs.

Was irgend gefhen will und waffen.  
Muß in der Welt zusammenhalten

# Aus dem Verband für den Verband

Wilst du dich am Ganzen erquickten / Es  
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

**Reidat die Ueberarbeit!** Traurig genug, daß in der heutigen Zeit, wo Millionen von Arbeitern arbeitslos sind, noch Tarifverträge, Zwangsschiedsprüche bestehen, die zur Arbeit über 48 Stunden in der Woche verpflichten. Ein großer Teil der Arbeiterhaft macht sich heute 10 Jahre nach der Revolution noch nicht klar, daß Ueberarbeit nur den Lohn drückt. Der Unternehmer läßt oft mit Vorliebe diese, und vor allen Dingen freiwillige Ueberarbeit zu, spart er doch zunächst die sozialen Lasten für den, den er sonst neu einstellen müßte. Andererseits kann man dann bei Gelegenheit so schön beweisen, daß der Arbeiter im Jahresdurchschnitt doch soviel verdient, daß Lohnhöhungen überflüssig, ein Lohnabbau oftmals gerechtfertigt erscheint. Ein klassisches Beispiel boten die letzten Lohnverhandlungen im Baugewerbe Westdeutschlands, wo ein Unternehmer erklärte, daß bei ihm ein Facharbeiter über 3687, ein Hilfsarbeiter 2854 Mark und ein Tiefbauarbeiter rund 2518 Mark verdient hätten. Bekanntlich gilt im Baugewerbe der Achtstundentag. Um auf die vorgenannten Verdienste zu kommen, hätten diese Arbeiter jeweils 354 und 330 und 388 (!) Tage zu 8 Stunden arbeiten müssen! Ist es da ein Wunder, wenn die Unternehmer jetzt auf der ganzen Linie den Lohnabbau propagieren?

**Wanderkursus in Regensburg.** Vom 26. bis 29. März fand für den 7. Gau ein Wanderkursus statt. Das Volkshaus in seiner lauberen Aufmachung und seinen hellen, hohen, luftigen Räumen vereinigte tagsüber die 47 Kursteilnehmer. Davon waren zehn ledig, also 37 verheiratet.

Nach dem Alter rangiert waren 5 bis 25 Jahre alt, 12 von 26 bis 30, 13 von 31 bis 35, 8 von 36 bis 40, 7 von 41 bis 50 und über 50 Jahre alt waren zwei Teilnehmer.

Die Branchen der in unserem Verbande vereinigten Kollegen waren so vertreten: 2 Steinseher, 26 Steinmehrer, 10 Pflastersteinmacher, 4 Brecher, 4 Schleifer, 1 Schotterwerterarbeiter. Das entspricht auch dem Verhältnis der Berufsgruppen im 7. Gau.

Die Verbandszugehörigkeit war bei 12 Teilnehmern bis 5 Jahre, bei 7 bis 10 Jahre, bei 10 bis 15 Jahre, bei 16 bis 25 Jahre und bei 2 über 25 Jahre.

An Verbandsfunktionen waren vertreten: 17 Zahlstellenvorstände, 5 Kassierer, 3 Revisoren, 6 Hilfskassierer, 2 Schriftführer, 6 Betriebsratsmitglieder; 8 Teilnehmer hatten keine Verbandsfunktion.

Nach der politischen Zugehörigkeit befragt, ergab: 15 Teilnehmer politisch nicht organisiert, dagegen gehörten 32 zur SPD.

Die Teilnehmer waren ausnahmslos recht ernst bei der Sache, was die günstigste Auswirkung für das Verbandsleben im 7. Gaubezirk erwarten läßt. An einem Abend wurde außerhalb der Kursusstunden ein kurzer, wirkungsvoller Vortrag über die Volkswirtschaftsfrage gehalten, wobei ganz besonders auf die Zeitschriftenversicherung hingewiesen wurde, die bei den Dummengängen ausgiebt und in Niederbayern und Oberpfalz ziemlich Geschäfte macht.

Die Teilnehmer müssen nun ihr ganzes Können und ihren Ehrgeiz einsetzen, um das erworbene Wissen für den Verband und dessen Erweiterung auszuwerten. Besonders im bayrischen Wald ist es angebracht, denn die beruflichen Zustände auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet sind dort die denkbar schlechtesten.

Die Schriften, die jedem Kursteilnehmer am Kursusschluß ausgehändig wurden, befestigen nicht nur das Gehörte, sondern legen den ersten Teilnehmer in die Lage, den Kollegen im Betrieb und in Versammlungen mit Rat und Tat beizufpringen. Teilnehmer früherer Kurse im 7. Gaubezirk haben bei gegebenen Gelegenheiten verlagert, so bedauerlich das auch ist, beweisen dennoch diese Einzelvorgänge gegen die Zweckmäßigkeit der Kurse nichts. Bei der heutigen Vielsichtigkeit der gewerkschaftlichen Aufgaben und Probleme auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet muß der Verband immer wieder neue Funktionen suchen, um diese wieder instandzusetzen, die Rechte und Pflichten gegenüber dem Verbande resp. der Gesamtbewegung in den einzelnen Orten unter den Berufs-kollegen zu verantern.

Die Pflichten besonders in der statutarisch notwendigen Beitragsleistung lassen immer noch sehr viel zu wünschen übrig.

Die Aussprache am Schluß des Kursus brachte geschlossene Ueber-einstimmung bei allen Teilnehmern mit dem Vorschlagenden zum Ausdruck, und allseitig trennte man sich mit dem Willen: Alles für den Verband, alles durch den Verband!

**Palwall.** Am 2. Februar fand hier eine Bezirkskonferenz der Stein-schlager des Bezirks Stettin und Vorpommern statt. Anwesend waren der Gauleiter Kollege Göckemeyer und 25 Delegierte aus 16 Zahlstellen. Der Gauleiter begrüßte die Kollegen und regte an, die Kollegen Pau, Stettin, und Schreen, Palwall, als Verbandsleiter und den Kollegen Holz, Anklam, als Schriftführer zu wählen, das wird beschließen. In an-regender Weise erstattete Göckemeyer Bericht über die Verhandlungen mit den Kommunalverwaltungen. Durch die Härtnädigkeit der Verwaltungen ist es bis jetzt noch zu keinem Ergebnis ge- kommen. Sie wollen mehrere Punkte des Tarif-Entwurfes ge- strichen haben, und zwar solche, die für viele Zahlstellen von größter Wichtigkeit sind. An der Aussprache beteiligten sich fast alle Kol- legen. Am umstrittensten war sie bei der Vergütung bei Ueber- landarbeit. Die Kollegen verlangten die Gleichstellung mit den Steinsehern. In seiner Erwiderung übertrüßte der Gauleiter manche Uneinigkeit. Die Einstellung der Kollegen soll der Reihe nach vom Arbeitsamt gezeichnet. Die Beschäftigung von Frauen und Mädchen, sowie jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren ist auf keinen Fall mehr zu gestatten. Betreffs der Forderung: Gleich- stellung bei Ueberlandarbeit mit den Steinsehern, begründete der Gauleiter ihre Unausführbarkeit. Desgleichen schloß sich auch der Kollege Mau, Stettin, an, der in dieser Beziehung schon mancher Erfahrung gemacht hat. Der Entwurf des Bezirksarbeitsvertrages wurde ohne Widerspruch angenommen, in der Hoffnung, daß die Gauleitungen ihr Möglichstes tun werden, das Beste für die Kol- legen herauszuholen. Im Punkt Verbandsangelegenheiten berich- tete der Gauleiter die in Angriff genommenen Verhandlungen eines neuen Reichsarbeitsvertrages. Es sollen alle vorkommenden Arbeiten im Straßenbau geregelt und auch alle Stein-schlagerarbeiten darin erfasst werden. Dann wurde die Frage laut, um Anstellung eines Gau- oder Bezirksleiters nach Stettin, der auch Vorpom- mern bearbeiten könnte. Es steht fest, daß die jetzigen Gauleiter mit Arbeit überlastet sind. Die Bezirke, die sie bearbeiten müssen, sind zu groß. Die Folge davon ist, die Zahlstellen werden nicht mehr von den Gauleitern so besucht, wie es unbedingt notwendig wäre. Die Agitationsarbeit wird beeinträchtigt, die Klagen vor den Arbeitsgerichten leiden darunter und vieles mehr. Es könnten in den beiden Bezirken noch gut 4 bis 500 Kollegen gewonnen werden. Aber bei den jetzigen Verhältnissen ist das nicht möglich. Die Konferenz war der Ansicht, ebenso gut vertreten zu werden, wie die Mitglieder anderer Verbände. Besonders bei der jetzigen Wühl- arbeit der Opposition müssen wir eine Kraft zur Seite haben, die diesen Gewerkschaftspalatern entgegenzutreten weiß. Darum die Forderung an den Zentralvorstand: „Gebt uns einen Gau- oder Bezirksleiter nach Stettin im Interesse unseres ganzen Verbandes.“ In seinem Schlusswort dankte der Gauleiter den Ko-legen für ihre ernstlichen und sachlichen Ausführungen und bat weiter so zu handeln, besten Zielen entgegen. Mit einem vertrauensvollen Hoch auf den Ver- band schloß der Kollege Pau die gut verlaufene Konferenz.

**Launterode.** Am 2. Februar 1930 hielt die hiesige Zahlstelle ihre Jahresversammlung ab. Nach Anhörung des Geschäfts- und Kasfenberichts, der ohne Einwendung angenommen wurde, ergab die Neuwahl die alte Vorstandsstift. Als zweiter Schriftführer wurde neugewählt der Kollege Franz Mayer. Ein Referat des Bezirksleiters, Kollegen Jakob Gras, über die Einführung der Invalidenversicherung, fand allgemeine Zustimmung. Beschlossen wurde, vor der Urabstimmung nochmals eine Versammlung mit dem einzigen Thema: Einführung der Invalidenunterstützung. Die vom Gauleiter, Kollegen Sarfert, ergangenen Rundschreiben lösten eine rege Aussprache aus, die in den Worten ausliefen, alles daranzusetzen, die Außenseiter noch für uns zu gewinnen unter strikter Einhaltung des Statuts. Die Beitragszahlung wurde ebenfalls erörtert und beschlossene, künftig keine Marken mehr unter 60 Pfg., zuzuschlägig 20 Pfg. Lokalzuschlag, an vollwertige Kollegen abzugeben! Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß der Versammlung.

## Verbandsstreue

Im Monat März blieben folgende Kollegen auf eine un- unterbrochene 25- oder mehrjährige Mitgliedschaft zurück in:

- Donaubrid,** Heinrich Rebecker,  
**Duderstadt,** Wilhelm Tölle, Franz Schneider, Franz Meder,  
**Rieschhausen,** Franz Hildenbrand, Peter Trares.  
**Brenzlau,** Wilhelm Schmidt.  
**Hamburg,** Willi Burmeister, Fritz Sobusch, Friedrich Steffens,  
Richard Schweim, Karl Köhrs.  
**Urtrecht,** Mariin Hausmann, Michael Seib, Michael Göh,  
Anton Georg Müller.  
**Ramenz,** Johann Lukas.  
**Seib i. Ban,** Adolf Geier, Andreas Solbrig, Heinrich Rauch,  
Salomo Wunderlich, Wilhelm Kropf, Georg Brel, Mariin  
Bed. Georg Löw, Johann Franz, Johann Solbrig, Heinrich  
Grösch, Christoph Gulden, Heinrich Franz.  
**Glauchau,** Robert Anorr, Max Zahn.  
**Chemnitz,** Richard Engelmann, Walter Kaulfuß.  
**Pangenstein,** Robert Kühne.  
**Breslau I,** Karl Kröhig.

Den genannten Jubilaren die besten Wünsche zu ihrem gewert- schaftlichen Ehrentage. Den jüngeren Verbandsmitgliedern sei die Verbandsstreue zur Nachahmung empfohlen.

**Stendal.** Die Steinseher Gustav Lier, geb. am 1. Februar 1866 zu Egelu und Heinrich Dörlig, geb. am 4. Mai 1864 zu Garbelegen, waren am 1. April 1930 50 Jahre als Steinseher tätig. Nach ihrer beendeten Lehrzeit sind die beiden Kollegen viel gereist. Als im Jahre 1890 in Stendal der Gewerksverein gegründet wurde, waren auch sie mit dabei. Am 4. August 1895 wurde von den beiden Kollegen der Grundstein für die Zahlstelle Stendal des früheren Steinseher-Verbandes gelegt. Trotz allem Ärger und Verdruß, der ihnen von den Unternehmern entgegengebracht wurde, ließen sie dennoch die Verbandsstätigkeit nicht stöcken, sondern gründeten nacheinander die Zahlstellen Osterburg, Garbelegen, Witten- berge, Klöße, Rathenow und Wilsnack. Der Kollege Heinrich Dörlig war innerhalb der Filiale Stendal 20 Jahre als Zahlstellkassierer tätig, mußte aber leider am 1. Januar 1930 seine Funktion aus Gesundheitsrücksichten nieder- legen.

Zahlstelle und Gesamtverband sprechen den beiden Kollegen an dieser Stelle aus für ihre Organisationsarbeit und Organisationsstreue. Ihr musterträgliches Verhalten möge anderen Kollegen zur Nachahmung dienen.

**Barmen-Elberfeld.** Am 26. Januar 1930 fand im Gewerkschafts- haus zu Barmen die Generalversammlung statt. Zu der Tages- ordnung sprach Kollege Gerhards über die Entwicklung der Zahlstelle Barmen-Elberfeld. Er hob hervor, daß in der Zahlstelle vom 1. Quartal bis zum Jahreschluß die Mitgliederzahl von 18 auf 85 gestiegen ist. Am Schluß sprach der Kollege die Hoffnung aus, daß es der Zahlstelle im kommenden Jahre gelingen möge, den letzten Rest der Pflasterer, Rammer und Hilfsarbeiter der Organi- sation zuzuführen. — In der einleitenden Diskussion lobten die Mitglieder die erfolgreiche Tätigkeit des örtlichen Gesamtvorstan- des. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Zu Revisoren die Kollegen Becker (Barmen) und Düllmann (Elberfeld). Beim Punkt „Verchiedenes“ führten Elberfelder Kollegen Be- schwerden, daß Elberfelder Unternehmer auswärtige Pflasterer be- schäftigen, obwohl es nach den Verträgen, die mit der Bauverwal- tung abgeschlossen wurden, verboten ist, auswärtige Pflasterer zu beschäftigen, solange einheimische Pflasterer erwerbslos sind. Kol- lege Gerhards versprach, hierin Ordnung zu schaffen. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch ferner für den Steinarbeiter-Ver- band zu werben, wurde die Versammlung geschlossen. (Nicht beide Seiten beschreiben. Red.)

**Breitenborn.** In der Gastwirtschaft Laubach fand die General- versammlung statt mit umfangreicher Tagesordnung. Der Vor- sitzende Groß gab einen Rückblick des verfloßenen Jahres. Er schilderte, daß es mit Arbeitslosigkeit begonnen und gsendet habe; weiter berichtete er, daß in unserer Zahlstelle über 350 Kollegen organisiert waren, daß aber durch die Bäckerkontrolle festgelegt wurde, daß nur 254 Kollegen regelmäßig Beitragsmarken gestellt haben; deshalb wären wir auf 8-9 Marken vierteljährlich pro Mitglied gekürzt. Als erfreulich konnte er feststellen, daß im letzten Vierteljahr pro Mitglied 12,1 Marken gestellt wurden. Den Kasfenbericht vom 4. Quartal gab der Kassierer Schaar mit ausführlicher Erläuterung; es wurde ihm Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Groß; 2. Vorsit- zender: Konrad Ewig; Kassierer: Konrad Göbel; Schriftführer: Stübting; 1. Revisor: Johannes Wiegand; 2. Revisor: Johannes Ewig. Dann sprach Bezirksleiter Horn über den Bez- irk Oberhessen und schiedert, daß mehr als die Hälfte der Stein- arbeiter dem Verbande noch fernstehen; es müßte gelingen, diese noch zu organisieren. Er stellte an die Zahlstelle den Antrag für eine Beihilfe zum Kleinauto. Einmütig wurde beschlossene, dafür 300 Mark von der Lokalkasse zu stiften. Ferner sollen Kollegen, die längere Zeit arbeitslos sind und von der Kranken- und Arbeits- losenunterstützung ausgeschaltet sind, eine kleine Beihilfe von der Lokalkasse bekommen.

**Unewalde.** Am 9. Februar fand die Generalversammlung der Zahlstelle statt, bei der auch Bezirksleiter Koll. Oskar Neumann zugegen war. 1. Kasfenbericht. Von den Revisoren waren Bücher und Kasfe für richtig befunden worden; dem Kassierer wurde Ent- lastung erteilt. 2. Wahlen. Der Gesamtvorstand setzt sich aus fol- genden Kollegen zusammen: 1. Vorsitzender und Kassierer: Paul Bürger; Stellvertreter: Hermann Gedan; 1. Schriftführer: Friedrich Jacob; Stellvertreter: Karl Thönig; Revisoren: Gustav Teremias und Hermann Ritter. 3. Tarifangelegen- heiten. Dazu sprach Bezirksleiter Oskar Neumann und gab den

Kollegen die Abänderungsvorschläge zum neuen Tarif bekannt. Er ermahnte auch die Kollegen, nicht unter dem Tarif zu arbeiten. Weiter sprach der Bezirksleiter noch über die Invalidenversicherung, wozu sich eine Aussprache angeschlossen. Zum Schluß gedachte der Vor- sitzende noch mit zündenden Worten unseres alten, langjährigen Vorsitzenden Kollegen August Mauksch, der am 1. Januar 1930 auf eine 37jährige Verbandszugehörigkeit zurückblickte. Die jün- geren Kollegen sollen sich ein Vorbild an unserm alten August nehmen, der immer treu und gewissenhaft im Verband seine Pflichten erfüllt hat. Mit einem Hoch auf unsern Jubilär schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

**Berlin-Brandenburg, Bezirkskonferenz** am 2. Februar 1930. Die Konferenz wird vom Kollegen Taegge eröffnet mit dem Wunsch, gute Arbeit zu leisten. Die beantragte Stellungnahme gegen einen Ausschluß aus der Organisation wurde durch Uebergang zur Tages- ordnung erledigt. Die Schlichtungskommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung wurde wiedergewählt. Kollege Taegge berichtet nunmehr über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeit- gebern in der Wohlfahrteinrichtung. Im § 4 des Anhanges zum Tarifvertrag bleiben bestehen Abs. 1 und 2. Im Abs. 3 werden gestrichen die Worte: „in folgender Weise verteilt“ und an deren Stelle gesetzt: Die übrigbleibende Summe wird unter die Arbeit- nehmer als Winterbeihilfe anteilmäßig nach den für jeden Arbeit- nehmer laut Wohlfahrtsbuch von den Arbeitgeber geleisteten Beiträgen verteilt. Bestehen bleibt im Abs. 3 Ziffer a und b, die Karenzzeit betreffend; gestrichen jedoch Ziffer c. § 6 konnte nicht geändert werden, da Gefahr für die Kasfe bestände. Unter Zurück- stellung eines Reiserfonds soll der angesammelte Fonds je zur Hälfte an beide Organisationen verteilt, und verzinst werden. Damit dürften wohl alle Mängel der Wohlfahrteinrichtung für die ewig Unzufriedenen beseitigt sein. — Man soll nun aber nicht mehr herkommen und sagen, das haben wir nicht gewollt im Inter- esse der Hilfsarbeiter. — Die Kommission hat die Aufträge der Konferenzen nicht gerade leichten Herzens ausgeführt. In der Dis- kussion bedauerten die meisten Redner, daß der soziale Charakter der Kasfe verschwinden müßte zugunsten der hochverdienenden Kasfe im Gewerbe. Die Leidtragenden sind die Hilfsarbeiter. Der Nähr- boden des Gesellenvereins und der Unorganisierten ist genommen; deshalb auf zur Agitation im kommenden Frühjahr. Das Lohn- abkommen ist gefündigt. — Als Verhandlungsgegenstand wird be- antragt, das Jahrgeld nach den jeweiligen Jahresprißen zu regeln. In der Diskussion waren alle der Meinung, daß entsprechend den gesteigerten Lebensbedürfnissen eine Stundenzulage für alle Grup- pen gefordert werden müsse. Die Anträge hierzu gingen ziemlich weit auseinander. Die große Arbeitslosigkeit im Gewerbe gab ebenfalls Veranlassung zu lebhafter Aussprache, Forderungen und Anträgen. — Zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für Ar- beitsbeschaffung ist von der Zentrale und der Ortsverwaltung das Erforderliche eingeleitet. Eine andere Art zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sieht der „Gesellenverein“ darin, eine Arbeits- berechtigungskarte für Berlin einzuführen unter Ausschaltung aller Tiefbaufirmen. Zur Einführung einer Arbeitsberechtigung- skarte hat am 20. Januar d. J. eine enger funktionierende Kom- mittee des Gesellenvereins stattgefunden mit dem Ergeb- nis, daß ihre Einführung zurzeit nicht gegeben ist, auch wenn der Verein eine solche von sich aus einführen will, wie die Vertreter erklärten. Zur Urabstimmung über die einzuführende Invaliden- unterstützung sollen die Unterzahlstellen möglichst bald Stellung nehmen. In seinem Schlusswort sagte Kollege Taegge alles zusam- men mit einem Dank an die Delegierten für geleistete Arbeit.

**Strehlen (Schl.).** Am 2. Februar 1930 fand unsere Bezirks- konferenz statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte. Vor- eingang in die Tagesordnung mußte Kollege Häusler ver- schiebene Kollegen auffordern, den Versammlungsraum zu ver- lassen. Die Betreffenden hatten sich wegen Beteiligung am Kon- greß der sogenannten Gewerkschaftsopposition selber aus dem Verband ausgeschlossen. Gauleiter Kollege Senft erklärte diesen Kollegen, daß ihre Wiederaufnahme in den Verband nur dann möglich sei, wenn sie die Satzungen des DGB, des IGB und des Verbandes aufrechterhalten und künftig solche Kongresse nicht unterstützen. Kollege Häusler gab den Kasfenbericht vom 4. Quartal. Erstleichterweise konnte festgestellt werden, daß die Kollegen die Bedeutung des Verbandes immer mehr ver- stehen und ihren statutarischen Verpflichtungen in der Beitrags- leistung nachkommen. Auf Antrag der Revisoren wurde Ent- lastung erteilt. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß es an Verbandsarbeit nicht gefehlt hat. Ein Antrag des Zahlstellens- vorstandes, die Wahl der Bezirksvertreter durch Stimmzettel und nach der Verhältniszahl zu vollziehen, fand einstimmig An- nahme. Dann berichtete Kollege Senft noch über den Ver- handlungsgang der Urlaubsfrage und teilte mit, daß es über die erforderlichen Pflichtstunden noch zu keiner Einigung gekom- men ist. Zum Schluß mahnte Kollege Häusler die Bezirksver- treter, zum Wohle der gesamten Kollegenchaft zu arbeiten.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- Gipert:**
1. Gau: In der Grenzmark Posen-Westpreußen sind Lohn- streitigkeiten. Keine Kollegen aus dem Straßenbau zureisen.
  2. Gau: In Biegnitz die Fa. Herm. Wagner für Steinmehrer. — In Hodenau das Grabsteingefäß von Emil Kneifel.
  3. Gau: In Weiersdorf, Bez. Löbau, Fa. Herm. Jenschke, Granitwert. — Im Geltungsbereich der Betriebe der Hohburger Quarzporphyrwerke AG Radeck bei Wurzen haben sich ernsthafte Differenzen entwickelt. Die Direktion will mit allen Mitteln für ihre Betriebe Lohnabbau. Der Hartsteinbezirk Grimma-Torgau-Wurzen ist deshalb unter allen Umständen von fremden Kollegen zu meiden! — In Rotten das Grabmal- und Kunststeingefäß von Achilles für Steinmehrer und Bildhauer wegen Mahregelung.
  5. Gau: In Duisburg die Arbeitsstelle des Unternehmers Güttel (Straßenbau).
  6. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflastersteingruppe).
  11. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — In Bad Oldesloe die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinseher und Berufsgenossen keinen Lohn. — In Bremen das Grabsteingefäß in Firma Fritz Everding. — Von Lübeck bleiben Steinmehrer und Schleifer fern.

**Schweiz.** In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen erster Differenzen kein Steinmehrer oder Schleifer zureisen. Die Unternehmer suchen Arbeitskräfte in Deutschland. Kollegen übt Solidarität. — Ferner bestehen Lohn-differenzen in Wül bei der Firma Otto Bebold, Grabmalindustrie (Hauptgeschäft in Wirsberg in Oberhessen).

**Streit:**

8. Gau: In Weuscha b. Leipzig, Granitsteinmehrer. — In Rottewitz bei Reichen die Schotterarbeiter der Firma Adolf Lorenz.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

# Rundschau

**Aus der Steinindustrie.** Die monatlichen Nachweise des Statistischen Reichsamtes über Ein- und Ausfuhr von Pflastersteinen bringen folgende Zahlen vom Monat Februar 1930 Die in Klammern beigegebenen Zahlen betreffen denselben Monat im Vorjahre:

Gesamteinfuhr 20 346 Doppelzentner (37 964), deren Wert 64 000 (113 000). Davon kamen aus Schweden 18 421 Doppelzentner (24 010), aus der Tschechoslowakei 775 (10 632).

Gesamtausfuhr 326 491 Doppelzentner (15 612), deren Wert 1 292 000 (45 000). Davon kamen nach dem Saargebiet 4387 Doppelzentner (2405), nach Belgien 14 744 (-), nach Frankreich 222 877 (1344), nach den Niederlanden 77 719 (10 093), nach der Schweiz 6764 (1770).

Die Reparations-Sachlieferungen an Pflastersteinmaterial betragen im Februar 1930: 220 625 Doppelzentner (1340) im Werte von 1 007 000 Mark (6000). Diese Lieferungen gingen nach Frankreich.

**Lohnherabsetzung in der Marmorindustrie von Carrara.** Die schwere Krise, — so entnehmen wir dem Heft 7 „Die Steinindustrie“ — die die Marmorindustrie von Carrara gegenwärtig durchmacht, und die bereits zur Auflösung des staatlichen Marmorindufats führte, hat nunmehr zu einem neuen Schritt der italienischen Regierung geführt, um eine Lösung dieser Krisis zu ermöglichen. Im Sozialministerium von Rom fand unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Trigona eine Sitzung der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände statt, an der auch die Vertreter der Spitzenverbände teilnahmen. Der Zweck der Sitzung war eine Prüfung der Lage in der Marmorindustrie von Carrara. Nachdem beide Parteien, Arbeitgeber sowohl als Arbeitnehmer, ausgiebig zu Wort gekommen waren, fällt das Sozialministerium die Entscheidung, daß eine Lösung der Krise nur dadurch ermöglicht werden könne, daß die Löhne der Arbeiter in dieser Industrie um 10 Prozent herabgesetzt werden. Nur so könne man zu einer Verringerung der Produktionskosten gelangen und die schwer danieliegende Ausfuhr von carrarischem Marmor wieder heben. Die beteiligten Verbände fügten sich dieser Entscheidung des Sozialministeriums. — Die Arbeiter müssen sich schon fügen, denn ein Lohnkampf (Streik) gegen die fascistische Entscheidung ist wegen zu erwartender Gewaltmaßnahmen ausgeschlossen.

Unter den 50 beiausgestatteten Büchern des Jahres 1929, die von der Juryn der Deutschen Buchkunststiftung zum Tag des Buches 1930 unter 60 000 Büchern ausgesucht wurden, befinden sich vier Bücher, die in sozialistischen Unternehmungen verlegt und gedruckt wurden: „Die rote Stadt im roten Land“ im Verlag Mannkuch & Co., Magdeburg, „Im Strom der Zeit“ im Buchverleger-Verlag, GmbH., Berlin, „Die Brücke im Dschungel“ und „Abenteuer im Eismeer“ (illustriert von Fritz Winkler) im Verlag der Buchergilde Gutenberg, Berlin. Die höchste Instanz der deutschen Buchkunst mußte also auch die Leistungsfähigkeit der von der sozialistischen Arbeitererschaft getragenen Betriebe anerkennen.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Versammlungen:

Am 12. April in Hirschberg um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“.  
— In Meissen I um 7 im Gewerkschaftshaus, Saal 1.  
Am 13. April in Darschewitz um 9 Uhr bei Bernotat (Urabstimmung und Stellungnahme zum 1. Mai).

**Pflasterergruppe (Steinseher) im 6. und 9. Gau: Gauforum.** Sonntag, 27. April 1930, 9.30 Uhr, in Frankfurt a. M., Alleeheilgenstraße 51, 1. Stock (Gewerkschaftshaus), Colleg 1. Tagesordnung: 1. Der Reichstagsvertrag (Referent: Kollege Link). 2. Geschäftsbericht vom Jahre 1929. 3. Wahl der Gaufunktionäre. 4. Stellungnahme zu den ablaufenden Tarifverträgen, Lohnvereinbarung. 5. Verschiedenes. Fachgruppen bis 30 Mitglieder entsenden auf eigene Kosten einen, bis 60 Mitglieder zwei, bis 90 Mitglieder drei Delegierte. Im übrigen wird auf das Rundschreiben der Gauleitung an die Fachgruppen verwiesen.

**Korf.** Das übliche Ortsgeheimnis wird wegen der schlechten Verhältnisse im Berufe vorläufig nicht mehr bezahlt. Alle Kollegen am Orte sind arbeitslos.

**Stendal.** Die Filialen der Altmark werden darauf hingewiesen, daß der am 1. April fällige Bezirksbeitrag an den Kollegen Otto Schulze, Steinseher, Diterburger Straße 103, zu senden ist.

**Niederriedersdorf.** Zureisende Steinseher und Kamerad können eventuell Arbeit nur dann erhalten, wenn sie im Besitz einer Arbeitsberechtigungskarte sind. Zu haben beim Kollegen Alfred Förster, Ebersbach in Sa., Dürrhennersdorfer Straße 9.

**Die Größenordnung der Arbeitslosigkeit.** Nur langsam geht die Arbeitslosigkeit zurück. Ende Februar waren mehr als ein Zehntel aller Arbeitsfähigen ohne Beschäftigung. Auf je 1000 der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfielen 55 Arbeitslose. Diese Last der Arbeitslosigkeit verteilt sich auf die einzelnen Gebiete des Reiches nicht gleichmäßig. Die Arbeitslosigkeit war am höchsten in Sachsen (80—90 v. T.). Es folgten Schlesien und Brandenburg mit 70—80 v. T., Mitteldeutschland und Hessen hatten 60—70 v. T., das Rheinland 50—60 v. T., die Bezirke Niedersachsen, Nordmark, Pommeren, Ostpreußen und Bayern zählten 40—50 v. T. Am geringsten war die Arbeitslosigkeit in Südwestdeutschland und Westfalen mit 30—40 v. T. In Sachsen war die Arbeitslosigkeit jetzt dreimal so stark als in den beiden zuletzt genannten Ländern.

## Die deutschen Sozialversicherungen 1928

<b>Invalidenversicherung:</b>	
Versicherte	18 Millionen
Einnahmen	1500 Millionen RM
Ausgaben	1130 Millionen
<b>Angestelltenversicherung:</b>	
Versicherte	3,3 Millionen
Einnahmen	390 Millionen RM
Ausgaben	120 Millionen RM
<b>Knappschaftsversicherung:</b>	
Versicherte	770 000
Einnahmen	230 Millionen RM
Ausgaben	226 Millionen RM
<b>Unfallversicherung:</b>	
Versicherte	27 Mil.
Einnahmen	396 Millionen RM
Ausgaben	378 Millionen RM
<b>Krankenversicherung: ohne Ersatzkassen</b>	
Versicherte	9216 Mil.
Einnahmen	1950 Mill.
Ausgaben	1800 Mill.

Der Aufbau für die deutschen Sozialversicherungen nach der gänzlichen Vernichtung der Vermögen durch die Inflation ging trotz aller Wirtschaftsnöte Deutschlands in zufriedenstellender Weise vor sich. Daneben wurde die Arbeitslosenversicherung neu aufgebaut, wobei nicht vergessen werden darf, daß durch die Arbeitslosigkeit, die oft nahezu 10 Prozent der Erwerbstätigen betrug, auch die übrigen Sozialversicherungen stark belastet wurden. Für die nächsten 15 Jahre dürfte voraussichtlich auch immer eine ziemlich große Zahl von Arbeitslosen da sein. So wird man einsehen, wie notwendig die sozialen Opfer der deutschen Erwerbstätigen für die Linderung der größten Not bei den Erwerbsunfähigen und Arbeitslosen ist. Eine Ansammlung von Kapital ist vor allem deshalb notwendig, weil natürlich jeberzeit durch besondere Konjunkturen des Wirtschaftsmarktes, Epidemien usw., besondere Anforderungen an die Sozialversicherungen gestellt werden könnten. Mit Ausnahme der Krankenkassen, die jetzt bereits das Doppelte des Kapitals von 1913 erreicht haben dürften, sind bei den anderen staatlichen Sozialversicherungen die Vorkriegskapitalsummen nicht wieder erreicht. Die Zahl der Versicherten bei den Krankenkassen hat sich aber gleichfalls, vor allem durch Heraufsetzung der Pflichtgrenze, verdoppelt. Eine Herabsetzung der Beiträge ist bei Erreichung hinreichenden Reservekapitals sicherlich zu erwarten.

**„Sport“-Kommunisten sind Gewerkschaftsfeinde.** Die Kommunisten haben gleichlaufend mit der Spaltung der freien Gewerkschaften auch die Spaltung des Arbeiterports betrieben und ihren eigenen Sportklub aufgemacht. Der kommunistische Sportverband trägt den trügerischen Namen: „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeiterport“. In Wirklichkeit ist diese I.-G. ein Anhängel der kommunistischen Partei und arbeitet selbstverständlich ganz nach deren Linie. So ist es auch zu verstehen, daß die Unorganisierten besonders gern geheuene Mitglieder im kommunistischen Sportverband sind. Die Gewerkschaftsfeindschaft des kommunistischen Sportverbandes trat besonders beim letzten Gewerkschaftsfest in Berlin trag in Erscheinung. Am Tage des Gewerkschaftsfestes führte die I.-G. mit der kommunistischen Partei und den anderen Berliner kommunistischen Organisationen in den Röhbergen eine Gegenaktion durch unter dem Namen „Kater Kultur- und Sporttag“. Ein anderer Fall: Der Vorsitzende des zu 90 Prozent linientreuen Vereins „Sportfreunde“, Greis, ein Kommunist, mußte auf dem Bezirks-Fußballtag der Arbeiterportler in Gera stehen. Mitglied der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft zu sein. Er gab dort das Versprechen, sich dem Textilarbeiterverband anzuschließen. Jetzt hat der laubere Kommunist einem Arbeiterportler aus Triebes (Thüringen) mit Klage gedroht, weil dieser auf dem Fußballtag die Hirsch-Dundersche Gewerkschaft als einen gelben Verband bezeichnete.

**Der Gesundheitspolitische Kongress in Dresden.** Im Rahmen der Internationalen Hygiene-Ausstellung soll in der Zeit vom 21. bis 24. Juni 1930 ein gesundheitspolitischer Kongress in Dresden stattfinden. Dieser Kongress hat sich vor allem zur Aufgabe gestellt, die berufstätige Bevölkerung zur Bestimmung ihres gesundheitlichen Schicksals aufzurufen. Der Kongress soll weiter die Grundlage für ein einheitliches Vorgehen aller an der Hebung der Volksgesundheit beteiligten Vereinigungen schaffen. Von Reich, Staat und Kommune wird der Kongress eine Politik fordern, die den gesunden Menschen zum Ziele hat. Die hier genannten Bestrebungen und der Kongress selbst finden sicher von den Gewerkschaften Förderung.

**Schaffmachung im Osten.** Im Jahre 1930 sollen in Ostpreußen 2000 bis 2500 neue Siedlerstellen geschaffen werden. Das bedeutet, daß etwa 13 000 Menschen neu an die Scholle gefesselt werden. Dazu kommen noch 9000 Menschen durch die Anliegeriedlung und 6000 durch den Landarbeiterwohnungsba. Das ergibt zusammen 28 000 Menschen, die auf neuer Grundlage im Osten frisch angegliedert werden. Dadurch wird die Abwanderung nach dem Westen etwas gehemmt.

**In Deutschland gibt es 52 858 Genossenschaften.** Nach dem Bericht des deutschen Genossenschaftsverbandes sind in Deutschland nicht weniger als 52 858 Genossenschaften vorhanden. Natürlich gibt es darunter sehr große Verschiedenheiten. Zahlenmäßig an der Spitze stehen die Kreditgenossenschaften mit 22 282, dann folgen die Baugenossenschaften mit 4127, die Handwerker-genossenschaften mit 1795, die Konsumgenossenschaften mit 1737, die Einkaufsgenossenschaften der Händler mit 1230, usw. Die Genossenschaftsbewegung ist also in Deutschland sehr ausgebreitet. Aus der ungeheuren Zahl heben sich insbesondere die Konsumgenossenschaften hervor. Sie treten im Wirtschaftsleben am meisten in Erscheinung. Gegen sie wird auch allein der Kampf der gesamten bürgerlichen Welt geführt. Dessenungeachtet oder gerade deshalb muß jeder Arbeiter, Angestellte und Beamten um die Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung bemüht sein.

# Adressenänderungen

1. Gau: **Freienwalde (Oder).** Kass.: Walter Müller, Rosmarinstraße 6. — **Neuruppin.** Kass.: Wilhelm Papendroch, Ludwigstraße 65, I.
3. Gau: **Söblich.** Vorj.: Max Kockel, Greiberger Straße 97b.
4. Gau: **Mücheln.** Vorj.: Karl Hoffmann, Stöbnitz bei Mücheln Hauptstraße 10. Kass.: Paul Carus, Mücheln-Siedlung Eppingerrain Nr. 24.
5. Gau: **Alten-Böhum.** Vorj. u. Kass.: Hermann Söte, Belsstraße 45.
6. Gau: **Mühlbach (Amt Eppingen).** Vorj.: Ludwig Anritter, Tiefenstein. Vorj.: Ludwig Meyer, Schafen (Amt Waldbshut (Baden). Kass.: Otto Sommer.
7. Gau: **Rattenberg.** Kass.: Joseph Glmann.
8. Gau: **Solnhofen.** Vorj.: Friedrich Brudner, Nr. 65.
9. Gau: **Wälkingen (Saar).** Vorj.: Julius Sarg, Kühlweinsstraße 45. Kass.: Max Meier, Geislautern (Saar), Schulstraße 9. — **Sommerfeld.** Kass.: Anton Hufgard.
10. Gau: **Homburg (Bez. Kassel).** Vorj.: Paul Grauel, Dfheim, Post Platzfeld (Hessen-Nassau).

## Bücher und Zeitschriften

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ihre Aufbau und ihre Aufgaben, von Fritz Schröder, Vorstandsmitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Seit 1 der Fortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter. Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (D. Urban), Berlin SO, 36, Oranienstraße 40—41. Preis für Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten 1,20 RM., für Nichtmitglieder 2,00 RM.

Das erste Heft behandelt Aufgaben und Aufbau der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. In einleitenden Abschnitten wird die historische Entwicklung der Arbeitsmarktorganisation und des Arbeitslosenbüros, ausgehend von ihrer Stellung in der gesamten Sozialpolitik, erörtert. Der zweite Abschnitt bringt einen Überblick über die Organisation des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung auch der gewerbs- und nichtgewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Der dritte Abschnitt erörtert den Arbeitslosenbüros mit seinen verschiedenen Bestimmungen aus Verordnungen und Zurechnung, einschließlich der Spruchverfahren und des Spruchverfahrens, während der vierte Teil der Selbstverwaltung gewidmet ist.

**Der Kampf ums Dasein.** von Prof. Dr. S. Schmidt, Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Sena, Mit 28 Abbildungen. Brochürt 1,50 Mt., in Ganzleinen 2 Mt., Vorzugsausgabe 2,75 Mt.

Kein Schlagwort, ausgenommen etwa das Wort vom „Kampf ums Dasein“, ist in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts bis jetzt so viel angewendet, so viel diskutiert worden, wie das Schlagwort vom „Kampf ums Dasein“, das von dem englischen Naturforscher Charles Darwin 1859 „geprägt wurde. Darwin führte die Auslese im Kampf ums Dasein auf die Entstehung der Arten zurück. Man fand ihn ebenso unter den Atomen und Molekülen, wie unter den Himmelskörpern und den Menschen. Bei letzteren machte man aus Darwins „Ueberleben des Besten“ ein „Ueberleben des Besseren“. Daraus wieder leiteten denn die „Sozialdarwinisten“ die sozialistische Berechtigung des Krieges ab, um ihn fälschlicherweise mit dem Kampf ums Dasein unter den Tieren und Pflanzen gleichzusetzen.

Prof. Schmidt untersucht nun in gründlicher Weise in der vorliegenden Schrift den Fragekomplex, der sich mit dem Wort vom Kampf ums Dasein verbindet, nach allen Seiten. Seine Unterlegung ist zugleich Kritik, die selbst vor Darwin nicht halt macht. Diese Kritik findet sich besonders in den beiden Abschnitten, die von den Ursachen und Folgen des Kampfes ums Dasein handeln. In einem reichen Einzelmateriale wird der Kampf um den Raum, um das Wasser, um das Licht, um die Nahrung, um die Fortpflanzung in der Pflanzen- und Tierwelt dargestellt. Dabei fallen intelligente Streiftreiter auf den Kampf ums Dasein in der menschlichen Gesellschaft. Besonders der Homo heidelberg var. militaris wird mit ändemem Sarkasmus behandelt. Ein kurzes Schlußkapitel würdigt Vererbung und Gesellschaft als Mittel im Kampf ums Dasein und endet mit einer Verurteilung des Krieges in der Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus. Das Werk, sowohl technisch wie inhaltlich auf der Höhe, verdient allgemeine Empfehlung.

## Anzeigen

### Berlin. Werkstein- und Marmorgruppe

**Freitag, 11. April, um 19 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses gemeinsame Versammlung der Kollegen aus der Werkstein- und Marmorgruppe.** Tagesordnung: Bericht von der Lohnverhandlung und Stellungnahme dazu. Verschiedenes. Wir stehen vor ersten Entscheidungen, deshalb ist Erscheinen Pflicht. Die Ortsverwaltung, I. A.: P. Kolakowski, O. Freter.

### Berlin. Grabmalgruppe

**Freitag, 11. April, um 18.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung der zur Grabmalgruppe gehörigen Kollegen.** Tagesordnung: Bericht von der Tarifverhandlung, Stellungnahme dazu. Verschiedenes. — In dieser Versammlung wird darüber entschieden, ob die Kollegen in einem tariflosen Zustand weiterarbeiten oder in den Streik treten wollen. Darum fehle kein Kollege in dieser Versammlung. Da wir den Saal nur kurze Zeit zur Verfügung haben, wird pünktlich angefangen. Die Ortsverwaltung, I. A.: O. Rümmler.

### Tüchtiger, solider Granitschriftauer

zum 25. April gesucht. Der Betreffende soll nicht nur im Schrifttauer, sondern auch im Grabsteintisch durchaus erfahren und bewandert sein. Unverheirateter wird bevorzugt. Anfragen mit Referenzen und Angabe der Lohnbedingungen an

M. Frank, Grabmalfabrik  
Bad Freienwalde (Oder)

### Bücher

die in kein Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 15.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.— Mk., **Maurersocken** 1,20 Mk., **Echt-Lindner-Manchschafhosen** Qual. I 17.—, II 15.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis.  
**Emil Hoffelder, Dresden 6, Ritterst. 2**

### Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb  
**Otto Teske, Berlin N 31**  
Brunnenstraße 32

## Fahrgeld sparen



## fahren

Kleinste Wochen- oder Monatsraten

## LINDCAR-FAHRRADWERK

Berlin-Lichtenrade.

Unternehmen d. Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Gnadenfrei** am 25. März der Fräser Albert Gründel, 54 Jahre alt, 28 Wochen magenkrank.

In **Dobrilugk** am 26. März der Granitsteinmetz Georg Kraft, 59 Jahre alt, Grippe.

In **Maulbronn** am 27. März der Sandsteinmetz Gottlieb Konz, 54 Jahre alt, 4 Monate krank, Magenoperation.

In **Leipzig** am 27. März der Steinsetzer Karl Böhme, 64 Jahre alt, Herzschlag nach achtwöchiger Krankheit.

In **Strehlen** am 27. März der Quarzschleiferarbeiter Ernst Klose, 52 Jahre alt, 44 Wochen krank, Asthma.

In **Berlin** am 24. März der Alabasterdreher Gustav Weber, 63 Jahre alt, 1 1/2 Jahre krank, Magenkrebs; am 28. März der Steinmetz Karl Fürstenberg, 49 Jahre alt, 4 Wochen krank, Herzschwäche.

In **Lutter** am 29. März der Sandsteinmetz Bertold Schreiber, 39 Jahre alt, 16 Monate krank, Staublunge.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Stehbold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.